

# Abschiebung in den sicheren Krieg?

Lebensbedingungen in Afghanistan und die deutsche Asylpolitik  
Vortrag mit Friederike Stahlmann

Fr, 6.10.2017, 19.00 Uhr, Saal der Martin Bonhoeffer Häuser, Lorettoplatz  
30, 72072 Tübingen

Es laden ein:

Bündnis Bleiberecht Tübingen

[www.bleiberecht.mtmedia.org](http://www.bleiberecht.mtmedia.org)

move on – menschen.rechte Tübingen e.V.

[www.menschen-rechte-tue.org](http://www.menschen-rechte-tue.org)

Flüchtlingshilfen Kreis Tübingen

[www.fluechtlingshilfen-kreis-tuebingen.de](http://www.fluechtlingshilfen-kreis-tuebingen.de)

ZAK<sup>3</sup> (Gruppe gegen Kapitalismus, Krieg und Kohlendioxid) [www.zak-tuebingen.org](http://www.zak-tuebingen.org)



**!nfo asyl**  
Sprechstunde für Flüchtlinge  
Richard Burkhardtstr. 11, 72116 Mössingen

menschen.rechte Tübingen, Fluchtpunkte Tübingen und der Freundeskreis Asyl Mössingen betreiben eine wöchentliche Asylberatungsstelle in Mössingen, in der insbesondere afghanische Geflüchtete unterstützt werden. Derzeit lehnt das BAMF jeden zweiten Asylantrag von AfghanInnen trotz relevanter Fluchtgründe ab. Für unsere Rechtshilfearbeit brauchen wir dringend Spenden:

**Spendenkonto für Organisation und Sachkosten** (Honorare, Übersetzerhonorare, Fahrtkosten etc.): menschen.rechte tübingen e.V., Volksbank Tübingen, IBAN: DE19 6419 0110 0308 1020 02, BIC: GENODES1TUE

**Spendenkonto für Anwaltskosten:** Fluchtpunkte Tübingen, Volksbank Tübingen, IBAN: DE42 6419 0110 0041 1830 02, BIC: GENODES1TUE

V.i.S.d.P. menschen.rechte tübingen e.V., Janusz-Korczak-Weg 1, 72072 Tübingen  
E-Mail: [info@menschen-rechte-tue.org](mailto:info@menschen-rechte-tue.org), Web: [www.menschen-rechte-tue.org](http://www.menschen-rechte-tue.org)

# „In einem Rechtsstaat muss es auch Akzeptanz für eine Abschiebekultur geben“

Thomas de Maizière beim evangelischen Kirchentag 2017



## Abschiebung in den sicheren Krieg?

Lebensbedingungen in Afghanistan und die deutsche Asylpolitik.  
Veranstaltung mit Friederike Stahlmann

Fr. 06.10.17, 19 Uhr | Tübingen, Saal der Martin Bonhoeffer Häuser, Lorettoplatz 30

Sa. 07.10.17, 18 Uhr | Konstanz, Café Mondial, Zum Hussenstein 12

So. 08.10.17, 19 Uhr | Wiesloch, JuZ, Hauptstraße 146

Di. 10.10.17, 19.30 Uhr | Karlsruhe, Jubeez-Café am Kronenplatz 1

Di. 24.10.17, 19 Uhr | Heilbronn, Soziales Zentrum Käthe, Wollhausstr. 49

Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg | [www.stop-deportation.de](http://www.stop-deportation.de)

V.i.S.d.P.: Walter Schlicht, Antirassistisches Netzwerk Ba-WÜ c/o Aktion Bleiberecht, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg

## Abschiebung in den sicheren Krieg?

Die Bundesregierung verschärft ihre Abschiebep Praxis. Dabei macht sie nicht einmal mehr vor Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan halt. Sie erhöht den (finanziellen) Druck auf Herkunfts- und Transitländer die Grenzen zu schließen oder Rücknahme-Abkommen wie am 2.10.2016 mit Afghanistan abzuschließen. Sie schreckt dabei auch nicht vor Abkommen mit Despoten wie Erdogan oder der Aufrüstung der Lybischen Regierung zurück, in deren Lagern Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Verhältnissen interniert werden.

Seit Dezember 2016 finden Sammelabschiebungen nach Afghanistan statt. Abgeschoben wurden selbst langjährig Geduldete, die bereits seit vielen Jahren in Deutschland leben und arbeiten, und sogar Kranke und aufgrund der Fluchtgeschichte Traumatisierte. Einer dieser Abgeschobenen wurde wenige Tage später im "sicheren" Kabul bei einem Bombenanschlag vor dem Obersten Gerichtshof verletzt (!).

In Afghanistan herrscht Krieg, Terror und Chaos, Korruption und Armut. Hunderttausende Binnenflüchtlinge leben allein in den Slums um die Hauptstadt Kabul herum. Entgegen den postfaktischen Verlautbarungen des Bundesinnenministeriums ist nach dem neuesten Bericht der UNO und des UNHCR noch immer ganz Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen, angeblich "sichere Regionen", in die Geflüchtete von hier aus zwangsweise "rückgeführt" werden sollen, gibt es dort nicht.

Das Auswärtige Amt rät dringend von Reisen nach Afghanistan ab, da im ganzen Land die Gefahr bestehe, Opfer von Anschlägen oder Entführungen zu werden. Das Rote Kreuz hatte seine Arbeit im Land eingestellt, nachdem sechs seiner Mitarbeiter bei einem Anschlag ermordet wurden.

Etliche Bundesländer haben deshalb erklärt, dass sie sich auf Grundlage dieses jüngsten UNO-Berichts vorerst nicht mehr an Abschiebungen nach Afghanistan beteiligen werden. Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg hält dagegen grundsätzlich weiterhin an der Abschiebung "abgelehnter" Menschen nach Afghanistan oder andere Kriegs- und Krisenländer fest. Innenminister Strobl gilt dabei bundesweit als Scharfmacher bei der Einschränkung der Rechte von Geflüchteten und tritt

für weitere Gesetzesverschärfungen ein. Federführend für die Abschiebungen im süddeutschen Raum ist das Regierungspräsidium Karlsruhe. Einige der Abgeschobenen waren vorher in Abschiebehaft in Pforzheim.

Aufgrund des großen Protestes anlässlich eines verheerenden Bombenanschlags im angeblich "sicheren Kabul" in der Nähe der deutschen Botschaft Ende Mai 2017 wurden zunächst keine Abschiebungen mehr durchgeführt. Fast alle Botschaftsangehörigen wurden nach dem Anschlag aufgrund der Sicherheitslage außer Landes gebracht. Am 12.9.2017 wurden die Abschiebungen nach Afghanistan nunmehr wieder aufgenommen.

### Afghanistan und die deutsche Asylpolitik

Die Abschiebepolitik gegenüber Geflüchteten aus Afghanistan ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Festnahmen fanden in der Vergangenheit sogar mitten in der Nacht, am Arbeitsplatz, bei den Behörden oder in der Schule statt. Wenn es "Normalität" werden sollte, zukünftig Menschen sogar in (Bürger-)Kriegsgebiete wie Afghanistan abzuschicken, müssen Menschen, die hier lediglich in einem Duldungsstatus leben, auch noch nach Jahren damit rechnen, dass sie mit ihren Familien abgeschoben werden.

**Friederike Stahlmann ist Afghanistan-Spezialistin am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle (Saale). Sie hat längere Zeit in Afghanistan gearbeitet und geforscht und wird uns über die realen Lebensbedingungen der Bevölkerung in Afghanistan informieren.**

Ziel der Veranstaltungen ist es, Argumentationshilfen zu geben, um die Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen.

**KEINE ABSCHIEBUNGEN - NICHT IN UNSEREM NAMEN!**

**Wir fordern Globale Bewegungsfreiheit, Bleiberecht, gleiche Rechte und ein gutes Leben für alle Menschen.**